



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer (CDU)

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

November / Dezember 2010

Liebe Leserin, lieber Leser,

auch die letzten beiden Plenarwochen in diesem Jahr waren prall gefüllt mit interessanten Gästen und Themen. Im Mittelpunkt stand die Verabschiedung des EU-Haushalts, über den zuvor monatelang gestritten worden war. Weitere Themen auf der Agenda waren u.a. die Verlängerung der Steinkohleförderung, die Ausgestaltung der europäischen Bürgerinitiative sowie die Zählung der so genannten "Heuschrecken"-Fonds. Auch auf dem roten Teppich herrschte reichlich Betrieb. Mit dem LUX-Filmpreis und dem Sacharow-Preis für geistige Freiheit haben wir gleich zwei Preisträger für ihr Engagement ausgezeichnet. Als Ehrengast begrüßten wir den georgischen Präsidenten Mikhail Saakashvili. Er berichtete über die Reform- und Friedensprozesse in seinem Land seit der Rosenrevolution vor sieben Jahren.

Ringeln um den Haushalt 2011

Nach monatelangen Verhandlungen einigte sich das Europäische Parlament mit den EU-Mitgliedsstaaten auf den Haushalt für das Jahr 2011. Die Ausgaben sollen um 2,9 % auf 126,5 Milliarden Euro steigen. Diese Einigung ist aber nur eine Notlösung, mit der wir die Handlungsfähigkeit der EU sicherstellen wollten: Ohne einen genehmigten Haushalt würden die Finanzmittel nämlich nur von Monat zu Monat ausgezahlt, was wichtige Projekte, wie z.B. den Aufbau des europäischen auswärtigen Dienstes, gefährden würde. Unsere ursprüngliche Forderung nach einer Steigerung des

Haushaltsvolumens von 6 % konnten wir wegen des aktuellen Sparzwangs in vielen Mitgliedstaaten nicht durchsetzen. Langfristig wird allerdings kein Weg an einer deutlichen Ausgabensteigerung vorbei führen: Schließlich sind es die Mitgliedstaaten selbst, die immer neue, kostenintensive Großprojekte, wie z.B. das europäische Satelliten-Navigationssystem Galileo, fordern. Den jetzigen Kompromiss haben wir deshalb an die Bedingung geknüpft, dass das Parlament an der langfristigen Finanzplanung für den Zeitraum 2013 bis 2020 beteiligt wird. Dies ist schließlich nach dem Lissabon-Vertrag unser Recht, und es kann nicht angehen, dass die Mitgliedstaaten uns nun plötzlich dieses Recht verweigern!

Europäische Bürgerinitiative

Das Hauptziel des Lissabon-Vertrags, der vor einem Jahr in Kraft trat, ist es, mehr Demokratie und Bürgernähe zu schaffen. Ein Instrument, das hierzu beitragen soll, ist die europäische Bürgerinitiative. Sie erlaubt es EU-Bürgern, sich durch Unterschriftensammlungen zusammenzuschließen und damit die Europäische Kommission zu dem jeweiligen Thema zum Handeln aufzufordern. Wie die Bürgerinitiative in allen Einzelheiten ausgestaltet werden sollte, musste aber noch verhandelt werden. Dabei konnten wir nun durchsetzen, dass das Bürgerbegehren einfach und "benutzerfreundlich" wird. Schon eine Millionen Unterschriften aus sieben Mitgliedsländern reichen aus, um die Kommission zur Vorlage eines Gesetzesentwurfs aufzufordern. Im Vorfeld muss natürlich die Zulässigkeit eines geplanten Bürgerbegehrens

festgestellt werden. Dies soll jeweils durch ein Gremium geschehen, das sich aus EU-Bürgern aus den sieben Mitgliedstaaten zusammensetzt. Welche Angaben die Unterzeichner einer Initiative dann zu ihrer Person machen müssen, ist Sache der jeweiligen Mitgliedsstaaten. Während einige Länder Ausweisdaten fordern, will Deutschland auf solch strenge Regelungen verzichten. Mit dem Instrument des Bürgerbegehrens erhalten Sie ein direktes Mitspracherecht in der Europapolitik!

Steinkohle bis 2018 fördern!

Bestimmendes Thema für mich als Abgeordnete für das Ruhrgebiet war natürlich die Abstimmung über das "Enddatum der Steinkohlesubventionen für nicht wettbewerbsfähige Anlagen". Die Plenarabstimmung bestätigte dabei mit einer komfortablen Mehrheit, was unsere zuständigen Ausschüsse bereits in den vergangenen Wochen beschlossen hatten: Ein vorzeitiger und vor allen Dingen abrupter Ausstieg aus der Subvention - wie von der EU-Kommission gefordert - ist weder sozialpolitisch sinnvoll noch umwelt- und industriepolitisch durchdacht! Deutschland hatte 2007 einen ausbalancierten Kompromiss zwischen Bund, Ländern, Gewerkschaften und Bergbauunternehmen gefunden. Dieser muss auf jeden Fall gehalten werden - erst recht, nachdem die Bundesregierung mittlerweile auf die Forderung der EU-Kommission eingegangen ist und die Revisionsklausel 2012 aus dem deutschen Gesetz gestrichen hat. Mit dem starken Signal des Europäischen Parlaments haben wir ein wichtiges Zeichen der Solidarität mit den Beschäftigten des Steinkohlebergbaues und ihren Familien gesetzt. Sie brauchen eine verlässliche Politik! Daher ziehen EU-Parlament und EU-Ministerrat mittlerweile an einem Strang. So konnten wir letztendlich dem unsinnigen Unterfangen der Kommission einen Riegel vorschieben!

"Harmonisierte Ehescheidung"

Europa wächst zusammen: Immer mehr Ehen in der EU bestehen aus Paaren, die aus verschiedenen europäischen Ländern kommen.

Was aber, wenn die Ehe scheitert? Viele dieser Ehepaare sahen sich in diesem Fall mit unterschiedlichen Rechtsprechungen zu den Scheidungsmodalitäten konfrontiert. Das Ergebnis: Oft gibt es einen "Wettlauf zum Gericht", weil sich der Ehepartner, der die Scheidung zuerst einreicht, Vorteile verschaffen kann. Mit der neuen Regelung sollen Ehepartner künftig gemeinsam entscheiden, nach welchem Recht ihre Ehe geschieden wird. Ist keine Einigung möglich, gilt der Ort, an dem sie zuletzt zusammen gelebt haben. Die Einigung zur Harmonisierung des Scheidungsrechts gilt allerdings nur in 13 Mitgliedstaaten. Zum ersten Mal wurde damit vom Prinzip der "verstärkten Zusammenarbeit" Gebrauch gemacht. Diese ermöglicht es Deutschland und den anderen unterzeichnenden Ländern, die neue Regelung einzuführen, ohne dass der Ministerrat dies blockieren kann, weil andere Mitgliedstaaten die Regelung nicht einführen wollen. Auch hier kommen die Vorteile des Lissabon-Vertrages also zum Tragen!

Information über Arzneimittel

Die falsche Einnahme von Medikamenten kann Therapien wirkungslos machen oder sogar zu gefährlichen Wechsel- und Nebenwirkungen führen. Deshalb ist es wichtig, dass Patienten Zugang zu lesbaren und verständlichen Informationen über Arzneimittel haben, die von zuständigen Behörden geprüft wurden. Die Europäische Kommission hatte zwar bereits einen Entwurf für einheitliche Regeln zu Patienteninformationen vorgelegt; dieser Vorschlag konzentrierte sich aber vor allem auf die Rechte von Pharmafirmen. Mit hunderten von Änderungsanträgen drehte das Europäische Parlament deshalb nun den Spieß um und stellte die Rechte der Patienten in den Mittelpunkt. Das Ergebnis ist eine klare Stärkung des mündigen Bürgers: Künftig gibt es auf Beipackzetteln von Medikamenten EU-weit einheitliche Informationen. Die Einführung einer sogenannten "Drug Fact Box", also einer übersichtlichen Tabelle mit einer Kurzzusammenfassung der wichtigsten Fakten zu dem Medikament,

ermöglicht es Patienten, auf einen Blick die wichtigsten Informationen über Wirkstoffe, Nebenwirkungen und Dosierungsempfehlungen zu erfassen. Darüber hinaus können sich Patienten künftig über nationale Internetplattformen ausführlich über Medikamente, Krankheitsbilder und Behandlungsmethoden informieren. Dies ist insbesondere für Urlaubsreisende sowie im Ausland tätige EU-Bürger wichtig, denn so haben sie die Möglichkeit, den Beipackzettel in ihrer Muttersprache abzurufen. Das strenge Werbeverbot für verschreibungspflichtige Medikamente soll bestehen bleiben.

Zähmung der Hedge Fonds

Seit Jahren fordern wir im Europäischen Parlament, so genannte "Hedge Fonds" stärker zu regulieren. Erst mit der Finanzkrise, die nicht zuletzt auch durch die kurzfristige Profitgier dieser Fonds verschärft wurde, konnten wir die notwendige Unterstützung von Ministerrat und Kommission für einen entsprechenden Gesetzesvorschlag erlangen. Mit der künftigen Regulierung soll nun die vielfach kritisierte Heuschrecken-Taktik einiger Fonds unterbunden werden: Fondsmanager, die ein Vermögen über 500 Millionen Euro verwalten, müssen sich künftig von den zuständigen Aufsichtsbehörden überwachen lassen und ihre Anlagestrategie offenlegen. Im Gegenzug erhalten sie einen EU-Pass, der als Zulassung für ihre Tätigkeit auf dem europäischen Finanzmarkt dient. Kernstück der Richtlinie ist aber die Begrenzung der Gewinnausschüttung für Investoren in den ersten zwei Jahren. So soll verhindert werden, dass schwarze Schafe Unternehmen zur kurzfristigen Gewinnmaximierung zerschlagen und so Arbeitsplätze gefährden. Ein generelles Verbot von Hedge Fond-Investitionen, wie von einigen Abgeordneten gefordert, macht aber keinen Sinn. Insbesondere mittelständische Unternehmen, die für kurzfristige Investitionen von den Banken kein Geld mehr bekommen, sind häufig auf die Einlagen von Beteiligungsgesellschaften angewiesen.

Strafen für Menschenhandel

Der Menschenhandel ist die drittgrößte Einnahmequelle des organisierten Verbrechens auf der Welt. Mehrere hunderttausend Menschen werden jedes Jahr in die EU verschleppt und beispielsweise zur Prostitution gezwungen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, haben wir uns für strengere Strafen bei Menschenhandel ausgesprochen. Künftig wird für Menschenhändler eine Freiheitsstrafe von mindestens fünf Jahren angesetzt. Besonders schwere Fälle, etwa die Ausbeutung von Kindern, können mit bis zu zehn Jahren geahndet werden. Darüber hinaus wird der Begriff der Ausbeutung in der Richtlinie weiter gefasst. So ist bereits die Anstiftung oder Beihilfe zu erzwungener Arbeit, Prostitution oder auch Bettelerei strafbar. Für die Opfer fordern wir die Bereitstellung von psychologischer Hilfe und sofortigen Rechtsbeistand. Hierzu könnten beispielsweise beschlagnahmte Erträge aus dem Menschenhandel eingesetzt werden.

Arbeitsprogramm für 2011

Gut eine Stunde und 20 Minuten haben wir über das neue Arbeitsprogramm der Kommission für 2011 debattiert - eine unglaublich langweilige Debatte! Schade eigentlich, denn das Programm legt nicht nur die politischen Prioritäten für das kommende Jahr fest, sondern gibt auch schon vor, welche Gesetzgebungsvorschläge erarbeitet werden sollen. Doch leider wird das Kommissionsprogramm immer schwammiger und inhaltsleerer. So auch dieses Jahr: Der Ansatz, nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen, ist sehr lobenswert. Doch die praktische Umsetzung bleibt schwach, die Finanzierung wackelt und eine rückwirkende Bewertung des Arbeitsprogramms ist gar nicht erst vorgesehen. Die Kommission hat wieder einmal die Chance vertan, mit Tatkraft und Gestaltungswillen voran zu gehen!

Kreativität gewinnt!

Der Lux-Filmpreis des Europäischen Parlaments wurde 2007 eingeführt. Er soll die europäischen

Filmindustrie moralisch unterstützen und so ihre Kreativität anfeuern.

Dieses Jahr gingen drei großartige und bereits mit renommierten Filmpreisen ausgezeichnete Filme ins Rennen um den Preis: "Akadimia Platonos" des Regisseurs Filippos Tsitos, "Die Fremde" von Feo Aladag und "Illégal" von Olivier Masset-Depasse stellten sich den kritischen Augen von Parlamentariern, Assistenten, Praktikanten und Gästen. Alle drei Bewerberfilme behandeln scheinbar unvereinbare Gegensätze von Kulturen und Identitäten. Sie stellen aber immer auch Bezüge zu europäischen Gesetzen her, über die wir debattieren und abstimmen. Der Gewinner-Film wurde nun durch den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, ausgezeichnet: Es ist "Die Fremde". Zentrales Thema ist der Wunsch nach Freiheit und Selbstbestimmung, der auf familiäre Traditionen und Konformitätsdruck trifft.

Wie in den vorangegangenen Jahren wird der Gewinnerfilm durch das Europäische Parlament finanziell gefördert. Dazu zählen die Untertitelung in alle 23 Amtssprachen der EU und die Überarbeitung der Originalversion des Films in eine Fassung für Menschen mit einer Hör- oder Sehbehinderung. Zusätzlich wird für jeden EU-Mitgliedstaat eine 35mm-Kopie erstellt.

Verleihung des Sacharow-Preises

Meinungsfreiheit und politische Teilhabe gehören zu den Grundfesten des europäischen Wertesystems. Weltweit aber werden in vielen Ländern Menschen, die eine andere Meinung vertreten als die regierende Machtelite, verfolgt und drangsaliert. Kuba zählt zu einer der ältesten Diktaturen in der Welt, und politische Unterdrückung steht dort auf der Tagesordnung. Damit die anhaltende Unterdrückung auf der Insel, die vielen heute nur noch als Urlaubsziel bekannt ist, nicht in Vergessenheit gerät, haben wir in diesem Jahr den Menschenrechtsaktivisten Guillermo Farinas mit dem Sacharow-Preis für geistige Freiheit ausgezeichnet. Der 48 Jahre alte Kubaner hat bis heute nicht aufgehört, gegen die

politische Unterdrückung auf Kuba zu kämpfen. Seit seiner Jugend informiert er die Welt über das Schicksal politischer Gefangener und setzt sich für ihre Freiheit ein. Mit zahlreichen Hungerstreiks, die ihn selbst an den Rand des Todes führten, erzwang er die Freilassung von kranken politischen Häftlingen. Leider konnte Farinas den Preis nicht persönlich entgegennehmen: Die kubanische Regierung hatte ihm die Ausreise verweigert. So wurde während des Festaktes die Urkunde demonstrativ auf einem leeren Stuhl niedergelegt. Anschließend hörte das Plenum des Europäischen Parlaments eine aufgezeichnete Rede des Preisträgers. Insgesamt war es ein sehr ergreifendes Ereignis das uns wieder einmal verdeutlichte, wie frei wir als Europäer leben und dass sich der tägliche Einsatz für die europäischen Grundwerte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte sowie der bürgerlichen Freiheiten wirklich lohnt!

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich nun eine besinnliche, wunderschöne Weihnachtszeit und einen guten Rutsch in ein möglichst gesundes Jahr
2011!

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: renate.sommer@europarl.europa.eu

www.renate-sommer.de